

<p style="text-align: center;"><b>Übergangslösung für Jenische</b> <b>Redetext des Stadtpräsidenten für die Medienkonferenz vom 6. Mai 2014</b></p>
---

Die Stadt Biel verurteilt grundsätzlich jegliche gesetzeswidrige Handlung und dazu gehört auch die illegale Landnahme durch eine Gruppe Jenischer auf dem Nidauer Expo.Park, ein Grundstück im Eigentum der Stadt Biel, vor gut zehn Tagen. Die Stadt Biel anerkennt aber auch die schwierige Situation, in welcher sich die Jenischen in der Schweiz befinden und hat beim gemeinsam mit der Stadt Nidau gefällten Entscheid den Jenischen einen temporären Aufenthalt zu gestatten, auch den besonderen Umständen Rechnung getragen, welche nach dem massiven Polizeieinsatz auf der Berner Allmend gegeben waren.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Stadt Biel bereits seit Jahrzehnten einen festen Standplatz für Schweizer Fahrende an der Lindenhofstrasse anbietet und zudem immer wieder unangemeldete Gruppen von Fahrenden temporär beherbergt (hat). Letzteres ist für die Gemeindepolizeiorgane immer mit grossem Aufwand und für die Anstösser mit nicht immer angenehmen Belastungen verbunden. Wenn sich alle bernischen Gemeinden in dieser Art und Weise verhalten würden, würde der kantonale Justizdirektor jetzt nicht vor einer - anerkanntermassen schwierigen - Herausforderung stehen. Man kann immer der Auffassung sein, dass eine Gemeinde subjektiv zu wenig macht; Tatsache ist aber, dass Biel objektiv viel mehr macht als fast alle Gemeinden in diesem Kanton resp. in diesem Land. Zudem weist das Raumplanungsgesetz dem Kanton in dieser Sache klare Aufgaben zu.

Die Stadt Biel hat wegen der im Vorjahr untragbar gewordenen Verhältnisse die mehr oder weniger dauernde Nutzung des Parkplatzes beim ehemaligen Schiessstand unterbunden (zu dieser „Überlastung“ kam es insbesondere auch, weil immer weniger Gemeinden den Fahrenden einen Aufenthalt gestatten). Im Speziellen das Verhalten gewisser französischer Fahrender konnte der Umgebung nicht mehr länger zugemutet werden. Die Stadt Biel hat aber entgegen den Aussagen von Seiten des Kantons diesen Platz nie aufgehoben.

Die Stadt Biel will nun einen Beitrag zur Entspannung der Situation leisten und ein positives Zeichen an alle anderen Gemeinden senden. Sie ist deshalb bereit, den vorstehend erwähnten Standort für maximal 20 Wohneinheiten für Jenische ab Donnerstag, 8. Mai 2014, bis längstens Ende August 2014 zur Verfügung zu stellen. Dieser Platz steht mit Blick auf die Bedürfnisse der Nachbarschaft nicht für eine dauernde (ununterbrochene) Benutzung, sondern jeweils für rund zehn Tage zur Verfügung. Jede Benutzung des Platzes ist durch die

Fahrenden im Voraus beim Gemeindepolizeiinspektorat anzumelden und damit bewilligungsbedürftig.

Das Engagement der Stadt Biel ist insofern nicht selbstverständlich als wir im - Gegensatz zur Stadt Bern - weder Bundes- noch Kantonshauptstadt sind und von daher relativ leicht hätten sagen können, dass ein nationaler Politprotest nicht unsere Sache ist. Wir sind aber der Überzeugung, dass genau solche Haltungen dem berühmten „Schwarz-Peter-Spiel“ entsprechen und nicht lösungsorientiert sind. In einem ersten Schritt haben Biel und Nidau mit der temporären Aufenthaltsbewilligung ein Signal der Entspannung und der gewaltfreien Konfliktlösung an das ganze Land ausgesandt und so ein wichtiges Zeichen gesetzt. Die Stadt Biel wirkt nun auch bei der nächsten Etappe konstruktiv mit.

Aufgrund der Erfahrungen in unserer Stadt ist für mich klar, dass die Standplätze für die Fahrenden nicht in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohn- und Industriegebieten resp. innerhalb des bebauten Gebietes geschaffen werden sollten, da ansonsten latent die Gefahr von Nachbarschaftskonflikten mit der sesshaften Bevölkerung besteht. Es darf aber nicht sein, dass eine Gemeinde einen Standplatz auf ihrem Gemeindegebiet aus Prinzip ablehnt, auch wenn dieser an einem verkehrstechnisch bestens geeigneten Standort ausserhalb des Siedlungsgebietes in unmittelbarer Nähe zum Fernstrassennetz zu realisiert werden soll.

Die Städte Bern und Biel schaffen mit der heute vorgestellten Übergangslösung die Voraussetzungen, damit der Kanton Bern nun seine Hausaufgaben in Zusammenarbeit mit der Gesamtheit der Gemeinden erledigen kann. Der zeitliche Rahmen bleibt eng, das ist mir bewusst, aber ohne diesen Druck würde (einmal mehr) nichts geschehen. Der Gemeinderat der Stadt Biel erwartet vom Kanton, dass dieser nun dafür sorgt, dass die Gesamtheit der bernischen Gemeinden in die Pflicht genommen wird, wenn diese - was für uns die bessere Lösung wäre - nicht freiwillig ihren Teil der Verantwortung übernehmen können resp. wollen. Für uns gilt zudem: Die Städte Bern und Biel können nicht das Problem der fehlenden Plätze für den ganzen Kanton Bern lösen und der Kanton Bern kann dieses Problem nicht für die ganze Schweiz lösen, d.h. eine interkantonale Zusammenarbeit ist unverzichtbar.

Ich möchte an dieser Stelle hervor heben, dass es die ohnehin schon stark mit sog. „Zentrumslasten“ konfrontierten grossen bernischen Städte sind, welche hier einmal mehr gesellschaftliche und soziale Verantwortung übernehmen. Wir sind aber nicht bereit uns die Herausforderung der fehlenden Standplätze einfach übertragen zu lassen resp. als Folge für unseren konstruktiven Ansatz noch weitere Belastungen auf uns zu nehmen. Ich habe deshalb im Vorfeld der jetzt präsentierten Massnahme gegenüber dem Kanton klar signalisiert,

dass wir mit der Bereitstellung eines zusätzlichen Standplatzes für diesen Sommer unseren Teil der Pflichten übernehmen und keine weiteren Belastungen durch Gruppen von Fahrenden tragen können. Konkret bedeutet dies, dass die unerlaubte Landnahme durch irgendwelche Gruppen auf dem Gemeindegebiet von Biel nicht toleriert wird und die kantonalen Organe - insbesondere die Kantonspolizei - in einem solchen Fall konsequent vorzugehen haben. Der Justizdirektor hat mir nach Rücksprache mit dem kantonalen Polizeidirektor eine entsprechende Zusicherung abgegeben. Dies ist insofern wichtig, dass die Behörden der Stadt Biel den heute vorgestellten Lösungsansatz nur dann gegenüber ihrer Bevölkerung vertreten und mit Akzeptanz rechnen können, wenn klare Leitplanken bestehen und sicher gestellt ist, dass die Situation nicht überbordert.

Ich will nicht übermässig hart über die Kantonspolizei richten, welche eine schwierige Aufgabe zu erfüllen hat. Es ist aber in meinen Augen - und hier spricht neben dem Stadtpräsidenten auch der Staatsbürger Fehr - unbestreitbar, dass die von einem Extrem ins andere wechselnde Vorgehensweise im Umgang mit den Jenischen zu einer Verhärtung der Fronten geführt und die Eskalationsgefahr - insbesondere vor zehn Tagen bei der Ankunft der Jenischen in Biel resp. Nidau - erhöht hat. In der Tat wurde auf der Berner Allmend mit in meinen Augen völlig unsensiblen und übermässigen Mitteln vorgegangen (ich frage: kennt die Kantonspolizei Bern die Geschichte?), während im Falle von Biel resp. Nidau nicht einmal der einfache Auftrag der lokalen Behörden umgesetzt wurde keine zusätzlichen Fahrzeuge mehr auf das Gelände zu lassen; unter den Augen einer passiven Polizei wurden Abschränkungen demontiert. Hier muss in Zukunft wieder eine pragmatische, angemessene und berechenbare Vorgehensweise der Kantonspolizei Platz greifen. Dabei ist es nicht unser Ziel, dass auf dem Gebiet der Stadt Biel zu Konfrontationen kommt, sonst hätten wir vor elf Tagen anders reagiert, sondern wir erwarten eine proaktive Begleitung durch die Kantonspolizei, welche das Ganze von Anfang an in geordnete Bahnen lenkt.

Zum Schluss möchte ich nochmals meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass nun auf kantonalen und nationaler Ebene endlich eine angemessene Lösung für die Platzbedürfnisse der Jenischen gefunden wird. Die Stadt Biel hat gezeigt, dass sie dazu bereit ist. Nun sind die anderen Akteure - sprich Kanton und Gemeinden - gefordert. Ich möchte auch meinen beiden Gemeinderatskollegen Beat Feurer und Silvia Steidle bestens danken, welche in der ersten Phase der Landnahme durch die Jenischen im Expo.Park eine wichtige Rolle gespielt und zum Finden einer Lösung mit Augenmass beigetragen haben. Ein weiterer Dank geht an die hier anwesende Stadtpräsidentin von Nidau, Sandra Hess, mit welcher wir in dieser besonderen Situation vertrauensvoll zusammen gearbeitet haben.